



Foto: APA/Hochmuth

... aber er will auch Grundsatzdebatte über Immunität der Abgeordneten

ÖVP-Klubchef August Wöginger macht den Weg für Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen sich frei: Er wird den Immunitätsausschuss des Nationalrates um seine Auslieferung bitten, teilte Wöginger der APA mit. Es geht um den Verdacht auf Anstiftung zum Amtsmissbrauch bei der Bestellung des Vorstands des Finanzamts Braunau im Jahr 2017. „Ich möchte, dass es hier rasch zur Aufklärung kommt und es wird sich schnell herausstellen, dass an den Vorwürfen nichts dran ist.“ Mit Wögingers Ankündigung ist die Aufhebung seiner Immunität de facto sicher, denn die Opposition

hatte sich ohnehin dafür ausgesprochen, und auch die Grünen können nun mitgehen, ohne einen Koalitionsbruch zu riskieren. Man nehme Wögingers Aussagen „zur Kenntnis“ und werde dem nachkommen, entspreche es doch auch dem Bestreben der Grünen, hier möglichst eine Einigung mit allen Parteien zu erreichen. Einen fixen Termin für den Immunitätsausschuss gibt es noch nicht, die Sitzung dürfte aber am kommenden Mittwoch stattfinden.

Weist Vorwürfe zurück

„Ich habe meine Arbeit als Abgeordneter stets gewissenhaft gemacht. Im Zuge meiner Sprechstunden bearbeite ich natürlich Bürgeranliegen. Ich bin nicht der Einzige, der solche Anliegen weiterleitet. Das ist Teil unserer politischen Arbeit“, argumentiert Wöginger. Er habe den Betroffenen „stets für einen qualifizierten und geeigneten Kandidaten für diese Position gehalten“ und auch „zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf die unabhängige Kommission, die entschieden hat, genommen“. Es werde sich dann rasch zeigen: „An den Vorwürfen ist nichts dran und es wird auch nichts herauskommen.“

Der Fall könnte eine prinzipielle Debatte über die Immunität der Abgeordneten

nach sich ziehen. In der Causa merkte selbst die Staatsanwaltschaft an: „Aus Sicht der WKStA kann daher nicht von einem offensichtlich mangelnden Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit gesprochen werden.“ Für den Parlamentarismusexperten Werner Zögernitz würden die Vorwürfe gegen Wöginger eigentlich keine Auslieferung bedingen, weil ein Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Parlamentarier bestehe.

Wöginger will nun offenbar eine Diskussion starten: Es gelte, „die Regeln für die Immunität neu zu denken“, meinte er. Denn politische Tätigkeit alleine reiche offenbar nicht mehr, um die Immunität eines Abgeordneten zu erhalten.

Übrigens: FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl sieht sich abermals wegen einer offensichtlichen Missachtung der Maskenpflicht bei einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen Anfang Jänner in Innsbruck mit einer Verwaltungsanzeige konfrontiert. Erst im Mai hatten die Behörden die Aufhebung seiner Immunität beantragt, weil er bei einer Kundgebung am 11. Dezember am Heldenplatz keine Maske getragen hatte. Im April des vergangenen Jahres wurde Kickl „ausgeliefert“, weil er bei einer Kundgebung in Wien am 6. März gegen die Corona-Regeln verstoßen hatte.